

680018-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen im Straßenbau – Planungsleistungen Verkehrsanlagen und Mediierschließung

OJ S 191/2026 02/10/2026

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Gemeinde Großpösna

E-Mail: gemeindeverwaltung@grosspoesna.de

Rechtsform des Erwerbers: Von einer lokalen Gebietskörperschaft kontrollierte Einrichtung des öffentlichen Rechts

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Planungsleistungen Verkehrsanlagen und Mediierschließung

Beschreibung: Die Gemeinde Großpösna ist eine Gebietskörperschaft im Süden von Leipzig im Freistaat Sachsen. Die Gemeinde beabsichtigt die Erschließung eines Gebietes am Störmthaler See. Die Erschließung im Rahmen dieser Ausschreibung mit dem Titel „Erschließung des touristischen Gewerbegebietes „Östlich Gruaner Bucht“ am Störmthaler See (Verkehrsanlagen und Mediierschließung) und Errichtung entgeltlicher Parkplätze am Störmthaler See“ umfasst insbesondere die Errichtung eines Kreisverkehrs auf einer bestehenden Staatstraße S242, die Errichtung einer Erschließungsstraße von dem neu errichteten Kreisverkehr zu einem Strandabschnitt am Störmthaler See und einem noch zu errichtenden Campingplatz, die Mediierschließung: - den Bau von Schmutzwasserdruckleitungen und zwei Schmutzwasserspeicher, - den Bau von Trinkwasserleitungen, - den Bau von Leerrohren und Stromkabeln, die Errichtung von Straßenbeleuchtung, die Errichtung von zwei Parkplätzen an der Erschließungsstraße für die Nutzenden des Strandabschnittes inkl. der Vorbereitung zur Errichtung von E-Ladesäulen. Die Planungen sollen im 1. bis 3. Quartal 2027 erfolgen. Die Ausschreibung für die Herstellung der Medien sowie den Straßenbau ist für das 3. Quartal 2027 vorgesehen. Im Anschluss erfolgen die Auswertung der Angebote sowie die Beschlussfassung in den zuständigen Gemeindegremien. Ziel ist es, den Bauauftrag im Oktober 2027 zu vergeben und den Baubeginn im 4. Quartal 2027 vorzusehen. Die Planung und Herstellung der Parkplätze kann nachrangig zur Erschließung der Medien und zur Durchführung des allgemeinen Straßenbaus erfolgen. Die Planung des Strandabschnittes einschließlich der Freianlagenplanung bzw. landschaftspflegerischen Planung entlang der Erschließungsstraße und Parkplätze werden gesondert ausgeschrieben und sind nicht Gegenstand dieser Ausschreibung. Die Errichtung und der Betrieb des Campingplatzes sind ebenfalls nicht Gegenstand dieser Ausschreibung. Kennung des Verfahrens: fd8c401e-4e98-4032-a33a-531f02502ee8

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71311220 Dienstleistungen im Straßenbau

2.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Großpösna

Postleitzahl: 04463

Land, Gliederung (NUTS): Leipzig (DED52)

Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: 1. Die Anzahl der Bewerber, die von der Auftraggeberin zur Abgabe eines Angebots aufgefordert werden, ist auf drei bis fünf Wirtschaftsteilnehmer begrenzt. Deren Auswahl erfolgt auf Grundlage der Auswahlkriterien (vgl. 1. Verfahrensbrief). 2. Im Rahmen des Versicherungsschutzes muss die Maximierung der Ersatzleistungen mindestens das 2-fache der genannten Deckungssumme pro Jahr betragen. Der Bieter hat im Teilnahmeantrag (Anlage B zum 1. Verfahrensbrief) zu erklären, dass eine Berufshaftpflichtversicherung bzw. Betriebshaftpflichtversicherung mit den geforderten Deckungssummen und 2-facher Maximierung der Deckungssummen besteht. Zudem erklärt der Bieter, dass das Versicherungsverhältnis zum Zeitpunkt der Einreichung des Bieterbogens nach wie vor besteht bzw. nicht gekündigt ist. Der Nachweis des Versicherungsschutzes ist auf Verlangen der Auftraggeberin innerhalb der von ihr gesetzten Frist vollständig vorzulegen, sofern in den Vergabeunterlagen nichts anderes bestimmt ist. Dieser Nachweis kann durch eine Bestätigung der Versicherung, beispielsweise in Form einer Kopie der Versicherungspolice, erbracht werden. Die Bestätigung darf zum Zeitpunkt des Schlusstermins der von der Auftraggeberin für die Einreichung des Nachweises gesetzten Frist nicht älter als zwölf Monate sein, sofern in den Vergabeunterlagen nichts anderes bestimmt ist. Bei Nichtbestehen oder Unterschreitung der geforderten Versicherung sind mit dem Bieterbogen eine Eigenerklärung des Bieters dass im Auftragsfall der Versicherungsschutz mit den geforderten Deckungssummen besteht. Auf Verlangen der Vergabestelle ist zusätzlich eine Erklärung des Versicherers vorzulegen, in der dieser Bestätigt, dass im Auftragsfall ein Versicherungsschutz mit den geforderten Deckungssummen bestehen wird. Im Fall der Auftragserteilung (vor Zuschlagserteilung) wird der bestehende Versicherungsschutz unverzüglich und unaufgefordert nachgewiesen.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Korruption:

Betrug:

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung:

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels:

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung:

Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten:

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen:

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen:

Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen:

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs:

Schwerwiegendes berufliches Fehlverhalten:

Täuschung, Zurückhaltung von Informationen, Unfähigkeit zur Vorlage erforderlicher Unterlagen oder Erlangung vertraulicher Informationen zu dem Verfahren:
Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren:
Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens:
Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen:
Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten Verpflichtungen:
Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Sozialversicherungsbeiträgen:
Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Steuern:
Einstellung der gewerblichen Tätigkeit:
Zahlungsunfähigkeit:
Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter:
Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften:

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Planungsleistungen Verkehrsanlagen und Mediierschließung
Beschreibung: Projektaufgabe ist die Planung der Verkehrsanlagen und der Mediierschließung für das touristische Gewerbegebiet „Östlich Grunaer Bucht“ am Störmthaler See. Der Leistungsumfang umfasst insbesondere die Planung eines Kreisverkehrs an der Staatsstraße S 242, einer Erschließungsstraße zum Strandabschnitt und zum geplanten Campingplatz, Schmutzwasserdruckleitungen und zwei Schmutzwasserspeicher, Trinkwasserleitungen, Leerrohren und Stromkabeln, der Straßenbeleuchtung sowie zweier Parkplätze entlang der Erschließungsstraße. Weitere Einzelheiten können den Vergabeunterlagen entnommen werden.
Interne Kennung: LOT-0001 E59425271

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen
Haupteinstufung (cpv): 71322500 Technische Planungsleistungen für Verkehrsanlagen
Zusätzliche Einstufung (cpv): 71311220 Dienstleistungen im Straßenbau, 71356400 Technische Planungsleistungen, 75200000 Kommunale Dienstleistungen, 60112000 Öffentlicher Verkehr (Straße)

Optionen:

Beschreibung der Optionen: Die Bewerber haben mit Ihrem Angebot Optionen hinsichtlich zusätzlicher optionaler Leistungen für die Leistungsphasen 3 und 4 der HOAI sowie von optionalen Besonderen Leistungen im Rahmen der Planungsleistungen der Verkehrsanlagen und Mediierschließung anzubieten. Die Auftraggeberin kann beim Auftragnehmer die folgenden optionale Leistungen der Leistungsphasen 3 und 4 der HOAI abrufen, soweit dies nach der Prüfung der bereits vorliegenden Planungsergebnisse der Leistungsphasen 3 bis 4 durch den Auftragnehmer dies erforderlich ist: Leistungsphase 3 und 4 für Verkehrsanlagen gemäß § 47 HOAI i.V.m. Anlage 13 zur HOAI Leistungsphase 3 und 4 für Ingenieurbauwerke gemäß § 43 HOAI i.V.m. Anlage 12 zur HOAI Leistungsphase 3 und 4 für Technische Ausrüstung gemäß § 55 HOAI i.V.m. Anlage 15 zur HOAI Die Auftraggeberin beauftragt zunächst nur die Leistungen nach Stufe 1 (Prüfung der vorhandenen Planung, insbesondere der Lph. 4 gemäß Ziffer 2 der Leistungsbeschreibung) und behält sich vor, die weiteren Grundleistungen der Stufe 2 bis 4 (Stufe 2: Lph. 5 bis 7; Stufe 3: Lph. 8 und Stufe 4: Lph. 9, jeweils für Verkehrsanlagen gemäß § 47 HOAI i.V.m. Anlage 13 zur HOAI, Ingenieurbauwerke gemäß § 43 HOAI i.V.m. Anlage 12 zur HOAI und Technische Ausrüstung gemäß § 55 HOAI i.

V.m. Anlage 15 zur HOAI), einzelne Leistungsphasen (z.B. nur Leistungsphase 5) oder auch einzelne Leistungen aus Leistungsphasen (z.B. nur einzelne Grundleistungen einer Leistungsphase) sowie die nachstehenden Besonderen Leistungen stufenweise einzeln oder insgesamt oder auch nur Teile einzelner Leistungsphasen bzw. Besonderen Leistungen weiter abzurufen. Es besteht kein Anspruch auf weitere Beauftragung, noch können daraus sonstige vertragliche Verpflichtungen für den Auftraggeber entstehen. Der Auftragnehmer ist im Falle des Abrufs verpflichtet, die Leistungen, ggfs. auch stufenweise bzw. im Einzelnen oder im Ganzen, zu erbringen. Aus dem Umstand der stufenweisen Beauftragung können keine zusätzlichen Honoraransprüche geltend gemacht werden. Folgende Besonderen Leistungen können von der Auftraggeberin beim Auftragnehmer optional abgerufen werden:

Verkehrsanlagen • Leistungsphase 6 gemäß § 47 HOAI i.V.m. Anlage 13 zur HOAI:

Detaillierte Planung von Bauphasen bei besonderen Anforderungen Erstellung des Umleitungskonzeptes der S242 für den Zeitraum während der Errichtung des Kreisverkehrs einschließlich Abstimmungen mit allen Behörden • Leistungsphase 7 gemäß § 47 HOAI i.V.m.

Anlage 13 zur HOAI: Prüfen und Werten von Nebenangeboten • Leistungsphase 8 gemäß § 47 HOAI i.V.m. Anlage 13 zur HOAI: Prüfen von Nachträgen Erstellen von Bestandsplänen

Örtliche Bauüberwachung Überwachen der Ausführung von Tragwerken nach Anlage 14.2

HOAI Honorarzone I und II mit sehr geringen und geringen Planungsanforderungen auf Übereinstimmung mit dem Standsicherheitsnachweis • Leistungsphase 9 gemäß § 47 HOAI i.

V.m. Anlage 13 zur HOAI: Überwachen der Mängelbeseitigung innerhalb der Verjährungsfrist

Medien • Leistungsphase 5 gemäß § 43 HOAI i.V.m. Anlage 12 zur HOAI: Planen von Anlagen der Verfahrens- und Prozesstechnik für Ingenieurbauwerke gemäß § 41 Nummer 1 bis 3 und

5, die dem Auftragnehmer übertragen werden, der auch die Grundleistungen für die jeweiligen Ingenieurbauwerke erbringt • Leistungsphase 6 gemäß § 43 HOAI i.V.m. Anlage 12 zur HOAI:

Planen von Anlagen der Verfahrens- und Prozesstechnik für Ingenieurbauwerke gemäß § 41

Nummer 1 bis 3 und 5 HOAI, die dem Auftragnehmer übertragen werden, der auch die

Grundleistungen für die jeweiligen Ingenieurbauwerke erbringt • Leistungsphase 7 gemäß § 43

HOAI i.V.m. Anlage 12 zur HOAI: Prüfen und Werten von Nebenangeboten • Leistungsphase

8 gemäß § 43 HOAI i.V.m. Anlage 12 zur HOAI: Kostenkontrolle Prüfen von Nachträgen

Erstellen eines Bauwerksbuchs Erstellen von Bestandsplänen Örtliche Bauüberwachung •

Leistungsphase 9 gemäß § 43 HOAI i.V.m. Anlage 12 zur HOAI: Überwachen der

Mängelbeseitigung innerhalb der Verjährungsfrist Straßenbeleuchtung • Leistungsphase 7

gemäß § 55 HOAI i.V.m. Anlage 15 zur HOAI: Prüfen und Werten von Nebenangeboten •

Leistungsphase 8 gemäß § 55 HOAI i.V.m. Anlage 15 zur HOAI: Durchführen von

Leistungsmessungen und Funktionsprüfungen Fortschreiben der Ausführungspläne bis zum

Bestand • Leistungsphase 9 gemäß § 55 HOAI i.V.m. Anlage 15 zur HOAI: Überwachen der

Mängelbeseitigung innerhalb der Verjährungsfrist Öffentlichkeitsarbeit Teilnahme an bis zu 10

Sitzungen des Projektbeirats bzw. der Gremien der Gemeinde Großpösna einschließlich der

erforderlichen Vor- und Nachbereitung, der Präsentation des Projekts und des jeweiligen

Projektstands sowie der An- und Abreise

5.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Großpösna

Postleitzahl: 04463

Land, Gliederung (NUTS): Leipzig (DED52)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Andere Laufzeit: Unbekannt

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja
Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:freelance#, #Besonders auch
geeignet für:startup#, #Besonders auch geeignet für:other-sme#, #Besonders auch geeignet
für:selbst#

1. Die Vergabeunterlagen enthalten einen Teilnahmeantrag mit Teilnahmebogen, der für die Erstellung und Einreichung der Bewerbung entsprechend ausgefüllt, wo notwendig und vorgesehen ergänzt und bei dem an den dafür vorgesehenen Stellen die Person des Erklärenden benannt werden soll (§ 126b BGB). Eine elektronische Signatur ist nicht erforderlich. 2. Die Teilnahmeunterlagen sind in deutscher Sprache auszuführen. 3. Wenn für die geforderten Nachweise keine Gültigkeitsdauer angegeben ist, dürfen sie zum Zeitpunkt des Schlusstermins für den Eingang des Teilnahmeantrages nicht älter als 12 Monate sein, außer wenn in den Vergabeunterlagen etwas anderes bestimmt ist. Eigenerklärungen sind in Textform (§ 126b BGB) anzugeben, mit Datum zu versehen und mit dem Teilnahmeantrag einzureichen. Die Bewerber werden aufgefordert, die Teile ihrer Teilnahmeanträge, die ein Betriebs- oder Geschäftsgeheimnis beinhalten, auf jeder betreffenden Seite deutlich zu kennzeichnen. Die Auftraggeberin erhält – unter Wahrung der Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse des Auftragnehmers – sämtliche Rechte an den eingereichten Unterlagen (Eigentumsrecht an den Unterlagen). Die Bewerber stimmt mit der Abgabe seines Teilnahmeantrages diesem Rechtsübergang zu. 4. Neben Einzelbewerbern sind auch Bewerbergemeinschaften zugelassen sowie der Einsatz von Nachunternehmern durch den Bewerber/ die Bewerbergemeinschaft. Eine besondere Rechtsform der Bewerbergemeinschaft und im Auftragsfall der Arbeitsgemeinschaft wird nicht vorgeschrieben.

Mehrfachbewerbungen, d. h. parallele Beteiligung als Einzelbewerber und gleichzeitig als Mitglied einer Bewerbergemeinschaft, sind unzulässig. Die Auftraggeberin wertet es jedoch nicht als unzulässige Doppelbewerbung, wenn Nachunternehmer von verschiedenen Bewerbern bzw. Bewerbergemeinschaften eingebunden werden bzw. Mitglied einer (anderen) Bewerbergemeinschaft sind. Zwingende Maßgabe hierbei ist es jedoch, dass der Nachunternehmer keine Kenntnis über die Angebotspreise der relevanten Bewerber/ Bewerbergemeinschaften hat, bei denen er Nachunternehmer ist. Dies ist nach Aufforderung durch rechtsverbindliche Erklärung des jeweiligen Nachunternehmers gegenüber der Auftraggeberin zu versichern. Im Falle einer unzulässigen Doppelbewerbung müssen zur Wahrung des Wettbewerbsprinzips beide betroffenen Bewerber/ Bewerbergemeinschaften ausgeschlossen werden. Mehrfachbewerbungen sind auch Bewerbungen rechtlich unselbständiger Niederlassungen eines Bewerberbüros. 5. Bewerbergemeinschaften haben mit ihrem Teilnahmeantrag eine von allen Mitgliedern rechtsverbindliche Erklärung (§ 126b BGB) abzugeben, in der die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft im Auftragsfall erklärt wird, alle Mitglieder aufgeführt sind, ein von allen Mitgliedern gegenüber der Auftraggeberin im Vergabeverfahren und darüber hinaus uneingeschränkt für jedes Mitglied bevollmächtigter Vertreter mit Geldempfangsvollmacht bezeichnet ist und die gesamtschuldnerische Haftung aller Mitglieder erklärt wird. 6. Geforderte Eigenerklärungen sind von jedem Mitglied einer Bewerbergemeinschaft separat zu unterzeichnen, geforderte Nachweise separat vorzulegen. Geforderte Nachweise sind auf Verlangen der Vergabestelle separat, innerhalb der hierfür gesetzten Frist, vorzulegen. Bedient sich der Bewerber/ die Bewerbergemeinschaft eines Nachunternehmers und beruft er/ sie sich auf dessen technische, wirtschaftliche, berufliche und/oder finanzielle Leistungsfähigkeit (Eignungsleihe), so hat er die geforderten Erklärungen in entsprechender Weise auch von dem Nachunternehmer, auf dessen Eignung sich der Bewerber/ die Bewerbergemeinschaft beruft, mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen.

Geforderte Nachweise sind auf Verlangen der Vergabestelle separat, innerhalb der hierfür gesetzten Frist, vorzulegen. Die näheren Einzelheiten nebst entsprechenden Hinweisen sind in dem den Vergabeunterlagen als Anlage beigefügten Teilnahmeantrag erläutert. Sofern sich der Bewerber/ die Bewerbergemeinschaft zum Nachweis der Eignung auf Ressourcen von Nachunternehmern, konzernverbundenen Unternehmen oder sonstiger Dritter (z. B. freie Mitarbeiter) berufen möchte, muss er/ sie spätestens auf Verlangen der Auftraggeberin nachweisen, dass ihm/ ihr die Ressourcen des Drittunternehmens für die Auftragsausführung in tatsächlich geeigneter Weise zur Verfügung stehen werden (Verpflichtungserklärung). Die Auftraggeberin behält sich vor, den Auftragnehmer im Falle einer (beabsichtigten) Zuschlagserteilung aufzufordern, seine sonstigen Nachunternehmer benennen zu lassen und eine Verpflichtungserklärung der Nachunternehmer zu fordern, dass diese im Auftragsfall dem Bewerber/ der Bewerbergemeinschaft die erforderlichen Kapazitäten zur Verfügung stellen.

7. Die Nachweise sind erst auf Verlangen der Auftraggeberin innerhalb der von der Auftraggeberin gesetzten Frist (und damit noch nicht mit dem Teilnahmeantrag) vorzulegen, es sei denn in den Vergabeunterlagen ist etwas anderes bestimmt.

8. Jeder Bewerber/ Bieter erklärt weiterhin, dass er für Schäden, die der Auftraggeberin aus einer unberechtigten Weitergabe von Daten, Fakten und Informationen entstehen, haftet und die Auftraggeberin von jeglichen diesbezüglichen Verpflichtungen freistellt. Jeder Bewerber/ Bieter hat die Einhaltung der Verpflichtungen aus der Vertraulichkeitserklärung selbständig sicherzustellen.

9. Die Einreichung der Teilnahmeanträge muss in Textform über die Vergabeplattform Subreport ELVIS unter www.subreport.de erfolgen. Für die Einhaltung der Textform müssen eingereichte Unterlagen lesbar und die Person des Erklärenden genannt sein (§ 126b BGB). Eine elektronische Signatur ist nicht erforderlich. Der bzw. die Erklärenden müssen Vertretungsberechtigt sein und die Angebote bzw. Erklärungen in Vertretungsberechtigter Anzahl abgeben. Zur Vertretung berechtigt sind z. B. Inhaber oder Organe von Gesellschaften (z. B. Geschäftsführer, Vorstand) oder entsprechend bevollmächtigte Vertreter. Ist die Vertretungsberechtigung nicht aus öffentlichen Registern (z. B. Handelsregister) ersichtlich, ist dem Angebot ein entsprechender Nachweis der Vertretungsberechtigung (z. B. Vollmacht) beizufügen.

10. Auf das Erfordernis der Einhaltung der Form und Frist wird ausdrücklich hingewiesen. Nicht fristgerecht oder nicht formgerecht eingereichte Teilnahmeanträge werden im weiteren Verfahren nicht berücksichtigt. Ein Formfehler liegt insbesondere bei schriftlicher oder postalischer Einreichung der Teilnahmeanträge vor. Ebenso genügt die Übersendung der Bewerbung per Telefax oder E-Mail nicht den Anforderungen der E-Vergabe.

11. Die Auftraggeberin behält sich vor, fehlende, unvollständige und/ oder fehlerhafte Nachweise, Unterlagen und Erklärungen unter angemessener Fristsetzung bei den Bewerbern nachzufordern.

12. Teilnahmeanträge oder Angebote von Bewerbern bzw. Bietern, die sich im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren an einer wettbewerbsbeschränkenden Absprache beteiligen, werden ausgeschlossen. Zur Bekämpfung von Wettbewerbsbeschränkungen hat der Bewerber/ Bieter auf Verlangen über die bereits geforderten Auskünfte hinaus weitere Auskünfte darüber zu geben, ob und auf welche Art der Bewerber/ Bieter wirtschaftlich und rechtlich mit anderen Unternehmen verbunden ist.

13. Jeder Bewerber bzw. später ggf. Bieter ist verpflichtet, mit seinem Teilnahmeantrag eine Erklärung abzugeben, mit der er sich verpflichtet, sämtliche in diesem Verfahren dem Auftragnehmer bzw. seinen Beratern mündlich oder schriftlich mitgeteilte Daten, Fakten und Informationen vertraulich zu behandeln. Die Daten, Fakten und Informationen dürfen ausschließlich zum Zwecke der Teilnahme in diesem Verfahren und im Falle der Zuschlagserteilung zur Auftragsdurchführung verwendet und Dritten nur mit ausdrücklicher, schriftlicher Genehmigung der Auftraggeberin zur Verfügung gestellt werden. Ausgenommen von dieser Verpflichtung sind bereits bekannte oder öffentlich zugängliche Informationen. Weiterhin gilt die vorstehende Verpflichtung nicht, wenn der Bewerber/ Bieter zur Weitergabe

der Daten, Fakten und Informationen durch Gesetz oder behördliche Anordnung verpflichtet ist oder eine Weitergabe an von Berufs wegen zur Verschwiegenheit verpflichtete Berater (z. B. Rechtsanwälte, Wirtschaftsprüfer) des Bewerbers erfolgt. 14. Die Auftraggeberin wird die nicht berücksichtigen Bewerber entsprechend der gesetzlichen Bestimmungen informieren. 15. Die Bewerber erhalten für ihre Aufwendungen im Verfahren keine Entschädigung. Schadenersatzansprüche sind ausgeschlossen. 16. Fragen durch die Bewerber zum Verfahren und zu den Vergabeunterlagen sind ausschließlich in Textform spätestens bis zum 12. Oktober 2026, Ortszeit 20:00 Uhr über die Nachrichtenfunktion der Vergabeplattform unter www.subreport-elvis.de zu stellen. Bei anderweitig oder verspätet zugeleiteten Fragen kann eine rechtzeitige Beantwortung nicht sichergestellt werden. Die Fragen und Antworten werden anonymisiert auf der Vergabeplattform www.subreport-elvis.de zur Beantwortung veröffentlicht, soweit sie für alle Bewerber von Interesse sind. Andernfalls erfolgt die Beantwortung individuell für den jeweiligen Bewerber. Bewerber haben sich über alle eingestellten Antworten eigenständig zu informieren und deren Inhalte zu berücksichtigen. Bei registrierte Bewerber werden durch die Vergabeplattform informiert. Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung des Bewerbers Unklarheiten, Widersprüche oder Unvollständigkeiten, insbesondere solche, welche Anforderungen, Inhalt und Vollständigkeit des Teilnahmeantrages betreffen, so hat der Bewerber die Auftraggeberin umgehend darauf hinzuweisen. Vorgenannte Hinweise sind über die Bieterkommunikation des elektronischen Vergabeportals an die vorgenannte Kontaktstelle zu richten.

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Eignungskriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Eintragung in das Handelsregister

Beschreibung des Eignungskriteriums: Nachweis über aktuell gültige Eintragung in ein Berufsregister und/oder Handelsregister gemäß Anhang XI der Richtlinie 2014/24/EU des Europäischen Parlamentes und des Rates vom 26. Februar 2014 (Ziffer III. 1.1 Nr. 1 der EU-Bekanntmachung) Gewerbeanmeldung.

Kriterium: Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Kurze Darstellung des Unternehmens (max. 2 Seiten DIN A4).

Kriterium: Supply-Chain-Management

Beschreibung des Eignungskriteriums: 1) Eigenerklärung, dass in der Person des Bieters keine Ausschlussgründe nach §§ 123 und 124 GWB vorliegen. 2) Eigenerklärung, dass keine Ausschlussgründe nach § 21 AEntG, 98c AufenthG, § 19 MiLoG, § 21 Schwarzarbg, § 22 LkSG und § 14 BTTG vorliegen. 3) Eigenerklärung zum Artikel 5 k) Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung vom 24. Juli 2026 betreffend Sanktionen gegen Russland.

Kriterium: Durchschnittlicher Jahresumsatz

Beschreibung des Eignungskriteriums: Eigenerklärung über den Netto- Gesamtumsatz des Bieters/ Mitgliebes der Bietergemeinschaft/ Eignungsverleihers der letzten drei Geschäftsjahre.

Kriterium: Spezifischer durchschnittlicher Jahresumsatz

Beschreibung des Eignungskriteriums: Eigenerklärung über den spezifischen Netto- Gesamtumsatz des Bieters/ Mitgliebes der Bietergemeinschaft/ Eignungsverleihers in den

letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren für Leistungen, die mit dem Auftragsgegenstand vergleichbar sind.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung

Beschreibung des Eignungskriteriums: Nachweis des Versicherungsschutzes (Berufshaftpflichtversicherung bzw. Betriebshaftpflichtversicherung) mit den Deckungssummen in Höhe von 3.000.000,- EUR für Personenschäden und 1.000.000,-EUR für Sach- und Vermögensschäden sowie ggf. sonstige Schäden sowie die Maximierung der Ersatzleistungen auf das 2-fache der vorbenannten Deckungssumme. Der Nachweis des Versicherungsschutzes ist auf Verlangen der Auftraggeberin innerhalb der von ihr gesetzten Frist vollständig vorzulegen, sofern in den Vergabeunterlagen nichts anderes bestimmt ist. Dieser Nachweis kann durch eine Bestätigung der Versicherung (z. B. in Form einer Kopie der Versicherungspolice) geführt werden, die zum Zeitpunkt des Schlusstermins für den Eingang des Angebotes nicht älter als 12 Monate sein darf, außer in den Vergabeunterlagen ist etwas anderes bestimmt. Bei Nichtbestehen oder Unterschreitung der geforderten Versicherung sind mit dem Bieterbogen eine Eigenerklärung des Bieters einzureichen, dass im Auftragsfall der Versicherungsschutz mit den geforderten Deckungssummen besteht. Auf Verlangen der Vergabestelle ist zusätzlich eine Erklärung des Versicherers vorzulegen, in der dieser bestätigt, dass im Auftragsfall ein Versicherungsschutz mit den geforderten Deckungssummen bestehen wird. Die Eigenerklärungen hinsichtlich des Versicherungsschutzes sind von jedem Mitglied der Bietergemeinschaft mit dem Angebot einzureichen. Die Maximierung der Ersatzleistungen muss mindestens das 2-fache der genannten Deckungssummen pro Jahr betragen.

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Tabellarische Referenzaufstellung der Referenzen der letzten 3 Jahre im Hinblick auf die ausgeschriebenen Leistungen, jeweils unter konkreter Benennung des Auftragsgebers nebst Ansprechpartner und Erreichbarkeit, des Auftragsgegenstandes, der Laufzeit und der Anzahl der eingesetzten Mitarbeiter und weiterer Angaben. Mindestkriterium: Mindestens ein Referenzprojekt in den vergangenen 3 Kalenderjahren hinsichtlich der geforderten Anforderungen (Anforderung 1: Neubau und Planung von Kreisverkehren, Anforderung 2: Bauen im Bestand, Anforderung 3: Planung und Umsetzung von Medienerschließungen einschließlich Pumpstationen, Schmutzwasserspeichern und Nachblasstationen). Mindestens ein Referenzprojekt in den vergangenen 3 Kalenderjahren mit folgender Vorgabe: Bauvorhaben mit einem Bauvolumen von mindestens 2,0 Mio. € Straßenbau (Baukosten Gesamtprojekt). Mindestens ein Referenzprojekt in den vergangenen 3 Kalenderjahren mit folgender Vorgabe: Bauvorhaben mit einem Bauvolumen von mindestens 2,0 Mio. € im Bereich Medienerschließung (Baukosten Gesamtprojekt). Die Mindestanforderungen können jeweils durch ein oder auch mehrere Referenzprojekte nachgewiesen werden. Legt ein Bewerber mehr als 5 Referenzen je Anforderung vor, werden nur die 5 besten Referenzprojekte je Anforderung gewertet. Eine Referenz kann mehrere Anforderungen erfüllen. Die Anforderung(en) sind bei der Einreichung der Referenzen zu kennzeichnen.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Durchschnittliche jährliche Belegschaft

Beschreibung des Eignungskriteriums: Eigenerklärung über die Zahl der in den letzten 3 Kalenderjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte unter Angabe des aktuellen Standes; gegliedert nach Berufsgruppen unter Angabe der Qualifikation.
Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Relevante Bildungs- und Berufsqualifikationen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Nachweis zu einem besonderen Berufsstand. Die Erbringung der Leistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten. Zugelassen sind alle Bewerber, die berechtigt sind, die Berufsbezeichnung Ingenieur zu tragen und über die erforderlichen Nachweise verfügen. Juristische Personen sind als Auftragnehmer zuzulassen, wenn sie für die Durchführung der Aufgabe einen verantwortlichen Ingenieur benennen. Der Nachweis ist erst auf Verlangen der Vergabestelle innerhalb der von ihr gesetzten Frist (und damit noch nicht mit dem Teilnahmeantrag) vorzulegen. Ausländische Bewerber mit der Staatsangehörigkeit eines Mitgliedsstaates der EU oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum erfüllen die fachlichen Voraussetzungen für ihre Bewerbung, wenn ihre Berechtigung zur Führung der o. g. Berufsbezeichnung nach der Richtlinie 2005/36/EG über die Anerkennung von Berufsqualifikationen gewährleistet ist. Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Relevante Bildungs- und Berufsqualifikationen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Namentliche Benennung des/der für die Auftragsausführung vorgesehenen Projektleiter/s inklusive Lebenslauf nebst Angaben und Nachweisen (Abschlusszeugnisse) zur beruflichen Qualifikation sowie zur beruflichen Erfahrung der letzten 3 Jahre im Hinblick auf die ausgeschriebenen Leistungen.

Kriterium: Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Eigenerklärung Erreichbarkeit bzw. Anwesenheit bei kurzfristig erforderlichen Abstimmungen oder Krisengesprächen mit dem Auftraggeber bzw. Projektbeteiligten innerhalb von 90 Minuten am Ort des Bauvorhabens

Kriterium: Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Für die Erbringung der Leistung verantwortliches Personal Juristische Personen müssen die Namen und die beruflichen Qualifikationen der Personen angeben, die für die Erbringung der Leistung verantwortlich sind
Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 5

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.subreport.de/E59425271>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.subreport.de/E59425271>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 26/10/2026 12:00:00 (UTC+01:00)

Mitteuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Der Auftraggeber behält sich vor, fehlende, unvollständige und/oder fehlerhafte Nachweise, Unterlagen und Erklärungen unter angemessener Fristsetzung bei den Bewerbern nachzufordern.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: nein

Zahlungen werden elektronisch geleistet: nein

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: 1. Vergabekammer des Freistaates Sachsen

Informationen über die Überprüfungsfristen: Ein Nachprüfungsantrag ist unzulässig, soweit der Antrag erst nach Zuschlagserteilung zu-gestellt wird (§ 168 Abs. 2 Satz 1 GWB). Die Zuschlagserteilung ist möglich 10 Tage nach Absendung der Bekanntgabe der Vergabeentscheidung auf elektronischem Wege oder per Fax bzw. 15 Tage nach Absendung der Bekanntgabe der Vergabeentscheidung per Post (§ 134 GWB). Die Zulässigkeit eines Nachprüfungsantrags setzt ferner voraus, dass die geltend gemachten Vergabeverstöße innerhalb von 10 Tagen nach Kenntnis bzw. – soweit die Vergabeverstöße aus der Bekanntmachung oder den Vergabeunterlagen erkennbar sind – bis zum Ablauf der Teilnahme- bzw. Angebotsfrist gerügt wurden (§ 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 1 bis 3 GWB). Ein Nachprüfungsantrag ist ebenfalls unzulässig, soweit mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind (§ 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 4 GWB). Des Weiteren wird auf die in § 135 Abs. 2 GWB genannten Fristen verwiesen.

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt: 1.

Vergabekammer des Freistaates Sachsen

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Gemeinde Großpösna
Registrierungsnummer: t:0342977180
Postanschrift: Im Rittergut 1
Stadt: Großpösna
Postleitzahl: 04463
Land, Gliederung (NUTS): Leipzig (DED52)
Land: Deutschland
E-Mail: gemeindeverwaltung@grosspoesna.de
Telefon: +49 34 29 77 18 24
Internetadresse: <https://www.grosspoesna.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: 1. Vergabekammer des Freistaates Sachsen
Registrierungsnummer: t:03419773800
Stadt: Leipzig
Postleitzahl: 04013
Land, Gliederung (NUTS): Leipzig, Kreisfreie Stadt (DED51)
Land: Deutschland

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)
Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83
Stadt: Bonn
Postleitzahl: 53119
Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)
Land: Deutschland
E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de
Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 213c11bf-f15b-429d-9a9d-4c2f7b8f4986 - 01
Formulartyp: Wettbewerb
Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Unterart der Bekanntmachung: 16
Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 30/09/2026 17:56:27 (UTC+02:00)
Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit
Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch
Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 680018-2026
ABl. S – Nummer der Ausgabe: 191/2026
Datum der Veröffentlichung: 02/10/2026